

Redebeitrag zur Europadebatte

Parteitag der Grünen, 18. November 2012, Hannover

Liebe BDKler, liebe grüne Freunde,

ich bin sehr dankbar hier reden zu dürfen. Aber auch befangen. Parteitage sind nicht mein gewohntes Forum.

Und selten war es schwieriger, zum Thema Europa etwas Originelles zu sagen. Selten wahrscheinlich hat in der europäischen Geschichte, in der europäischen Integration das, was man tun müsste, so auseinandergeklafft mit dem, was man politisch tun kann, was politisch möglich erscheint.

Ich denke, wir machen es uns auch zu einfach, wenn wir uns dem Glauben hingeben, dass bisher noch jede Krise in Europa zu mehr Integration geführt hat. Was in der Vergangenheit so war, muss heute noch lange nicht so sein. Und darum braucht Europa in den nächsten Jahren jede erdenkliche Anstrengung und ungeteilte Aufmerksamkeit. Europa geht auf dünnem Eis!

Die Gefahr, dass sich Europa an Komplexität erschöpft, ist groß: an seiner Zerissenheit gegenüber seiner Integrationsdichte, ebenso daran, das zukünftige

Verhältnis zwischen EU 17 und 27 zu definieren; geschweigen denn seine Außenbeziehungen: Türkei, Balkan, Ukraine oder gar Nordafrika sind hier nur Stichworte.

Darum möchte ich heute *nicht* über Europa in der Welt reden, jenes Europa, das zukünftig nur noch 7% Prozent der Weltbevölkerung ausmachen wird; von dem Europa in der globalisierten Welt, das mit einer Stimme sprechen muss. All diese Argumente sind genauso richtig wie belanglos: denn entweder Europa beendet die Eurokrise und rettet die europäische Demokratie, dann wird Europa in der Welt ökonomischen und politischen Einfluss haben; oder Europa schafft das nicht. Dann kann man die Sonntagsreden über die aktive Verteidigung europäischer Werte auf der Weltbühne wahrscheinlich getrost vergessen. Die globale Strategiefähigkeit Europas wird letztlich von einem starken und geeinten Währungsraum abhängen, der nach außen geschlossen auftritt, der den IWF zur Lösung seiner internen Krise nicht mehr braucht, und der bereit ist, Wirtschaft und Politik zusammen zu denken. Ohne Einigkeit und Solidarität nach innen wird es Festigkeit im Auftritt nach außen nicht geben. Wenn der Kern fault, kann die EU nach außen nicht aktiv sein!

Doch dem Währungsraum geht es *politisch schlecht*. Von außen ist das freilich nicht erkennbar, dass der Euro-Raum die Problemzone der Erde ist. Es gibt den Witz, dass ein Ufo aus dem Weltraum kommt, und eine Gruppe von Ufo-

Ökonomen feststellen, wo diese ökonomische Krise ist, die die ganze Welt so beunruhigt. Und die Weltraum-Ökonomen prüfen, vergleichen USA mit Kanada mit Japan mit Japan usw. und kommen zum dem Schluss: der Euro-Raum kann die Krisenregion jedenfalls nicht sein. Die aggregierten ökonomischen Daten der EU sind die besten: 6% gemeinsames Defizit, 85% gemeinsames Schuldenstand zum GDP, 1,3 Mrd Euro-Liquidität, die Chinesen warten geradezu darauf, in Eurobonds anlegen zu können, um ihr die Dollar-Anleihen zu diversifizieren.

Aber die Eurozone hat ein *politisches* Problem, ein Problem der fehlenden europäischen Exekutive.

Lassen wir uns – zynisch gesprochen - hoffen, dass das Schlimmste der Krise vorbei ist; dass in ca. 1-1/2 Jahren die Reformanstrengungen des Südens, die unter unglaublichen gesellschaftlichen Verwerfungen zustande gekommen sind, Früchte tragen. Es gibt Zeichen, dass sich das europäische System beruhigt, der Spekulationsdruck nachlässt. Die Ankündigung der EZB vom 6. September, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen, hat dazu beigetragen, die Entscheidung in Karlsruhe zum Rettungsschirm auch.

Und doch ist es eine trügerische Ruge. Noch rettet uns die EZB, nicht die Politik, leben wir von Versprechungen, Absichten und Integrationswetten auf die Zukunft. Noch wurde diese Krise, die eine doppelte ist, eine Banken- und eine

Verschuldungskrise, nicht genutzt: mit Blick auf die Banken und Finanzmärkte wurde der Primat der Politik noch nicht wieder hergestellt (im Gegenteil: die Finanzkonzentration der größten zehn Geldinstitute hat in den letzten drei Jahren noch zugenommen); und mit Blick auf Europa wurde zwar mit wirtschaftspolitischen Aufräumarbeiten- aber noch nicht mit Integration begonnen: derzeit wird versucht, die wirtschaftspolitischen Verwerfungen zu beseitigen, die durch die nur halbfertige Konstruktion des Maastrichter Vertrages entstanden sind. Aber die Rettungsschirme sind immer noch Heftpflaster, keine wasserdichten Strukturen; der Fiskalpakt ist eine intergouvernementale Vereinbarung. Bei allem hat der Rat an Macht gewonnen, nicht das Parlament; und die europäische Demokratie ist auf der Strecke geblieben. Vor der Geschichte muss noch die Zusage eingelöst werden, dass wir nach den europäischen *Aufräumarbeiten* mit den europäischen *Bauarbeiten* beginnen! Noch haben wir diese Krise *verschenkt*!

Anders formuliert: es geht nicht nur darum in Griechenland Katasterämter einzuführen und in Italien die Steuerehrlichkeit zu verbessern und dann ist wieder gut. Es geht immer noch um einen noch ausstehenden Quantensprung an fiskalischer und damit politischer Integration, ohne den das Europa langfristig nicht überleben wird. Das augenblickliche institutionelle, politische und wirtschaftliche System Europas wird *nicht* halten: es ist weder robust, noch

solide, noch gerecht, so steuerungsfähig, noch durchschaubar – und die nationalen Fliehkräfte nehmen zu.

Darum sind wir sind, hier und heute, drei Jahre nach Ausbruch der Krise, bestenfalls in einem europäischen Burgfrieden. Und machen wir uns nichts vor: wohin die europäische Reise letztlich gehen wird, das wird letztlich in Deutschland, das wird in Berlin entschieden. In Europa wird nichts *ohne*, geschweige denn *gegen* Deutschland entschieden. Europa wird darum nur oder *genau so* europäisch wie Deutschland es zulässt, wie Deutschland es will – und darum ist es wichtig, dass deutsche Parteien wie die Grünen Europa *engagiert* betreiben!

Darum geht zunächst einmal mein allergrößtes Kompliment an diese BDK, für diesen mutigen Leitantrag, der an Analyseklarheit mit Blick auf die *multiplen* Gründe der aktuellen Finanz- und Eurokrise sowie beim Aufzeigen von konkreten europäischen Lösungsansätzen, wirklich nichts zu wünschen übrig lässt!

Drei Punkte aber will ich machen, was in den nächsten drei Jahren wichtig sein wird:

Erstens: Es geht darum, den *Rubikon der Nationalstaatlichkeit* zu überschreiten. Europa steht mehr denn je mit dem Rücken zur Wand stand, sich zu bewegen in

Richtung eines fiskalischen und politischen Föderalismus, ohne den, so die meisten Ökonomen, der Euro nicht überleben wird. Ohne Staat kein Euro, so lautet die Kurzfassung dieser These. Darum müssen wir über Formen europäischer Staatlichkeit nachdenken und vor allen den Begriff nationaler Souveränität neu definieren. Die Frage ist, ob diese Krise Europa hilft, drängt, zwingt, im nächsten Jahrzehnt den Rubikon zu überschreiten und letztlich, denn genau darum geht es, mit dem antiquierten – und in einer Währungsunion zudem unlogischen - Prinzip ausschließlich nationalstaatlicher Haushaltssouveränität zu brechen; und gleichzeitig dem Prinzip „*No taxation without representation*“ einen konsequent europäischen Rahmen zu geben.

Dazu bedarf es einer konsequenten Parlamentarisierung Europas, dazu ist das Eurozonenparlament als Subeinheit des EP ein richtiges Instrument. Dazu muss über eine zweite Kammer – bestehend aus nationalen Parlamenten – nachgedacht werden. Aber der europäische Rat darf nicht die Kammer werden. Dafür lohnt es sich zu streiten, denn das ist politisch noch nicht entschieden!

Diese Krise muss also genutzt werden, um ans Eingemachte von falsch verstandener Nationalstaatlichkeit zu kommen, denn im Kern ist auch heute noch der Nationalstaat der eigentliche Hemmschuh für eine funktionierende europäische Demokratie: „Der Konstruktionsfehler“, so Robert Menasse, in seinem wunderschönen Buch ‚Der europäische Landbote‘, „besteht darin, dass

die Nationen, deren Macht gebrochen werden sollte, in der Union institutionell mit Macht ausgestattet werden mussten, weil es eben Vertreter von Nationen sind, die sich zur Überwindung der Nationen zusammenfinden müssen.“ Man könnte auch einer Gruppe von Puten die Organisation von Thanksgiving anvertrauen! Keine Macht den Räten war einmal ein Kampfspruch der Konservativen; in der Europapolitik wünschte man sich ihn heute wieder!

Und darum ist das grüne Konzept einer „Europabürgerschaft“ (wie im Europa-Leitantrag von Kiel), in der der souveräne europäische Bürger, und nicht der Nationalstaat das letzte politische Wort in Europa haben, das richtige Konzept, der wichtigste Baustein zu einem System europäischer Gewaltenteilung, einer transnationalen Demokratie.

Und denen, die hier an der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes hängen und sagen, die jetzt geforderte europäische Entwicklung ist nicht möglich, denen sei folgendes gesagt:

In den letzten 200 Jahren hat Deutschland sieben (sic!) Verfassungssprünge – bzw. Brüche hinter sich. Es ist vom Römischen Reich deutscher Nation zum Deutschen Bund zum Deutschen Reich zur Weimarer Republik, zum Nazi-Reich, zum geteilten Deutschland bis zum Wiedervereinigten Deutschland gegangen.

Wer sich diese Entwicklung vor Augen führt, muss zugeben, dass es ahistorisch wäre zu behaupten, dass dieses Deutschland mit dieser Verfassung ewig

existieren wird: so perfekt das Grundgesetz auch ist! Das weiß auch der Stammtisch! Und das heißt: mehr Europa ist möglich!

Es geht hier – wohlgemerkt – nicht um die Abschaffung der Nation, aber um die *Entkoppelung* von Staat und Nation. Im Europa von morgen muss beides getrennt gedacht werden, oder: Die nationale Grenze ist nicht mehr die Staatsgrenze, im Rahmen derer sich die *gemeinsame* politische und wirtschaftliche Ordnung vollzieht: Euroland braucht eine Europäische Republik als Ordnungsrahmen. Es geht darum *nicht*, wie es oft heißt, um die *Föderation* von Nationalstaaten, sondern um eine geteilte europäische *Res Publica*, ein geteiltes öffentliches Interesse, einen geteilten öffentlichen Raum. Europa als neue *Res Publica* verstehen, würde auch helfen, wieder zu einem positiven Verständnis von Staatlichkeit zu gelangen, eine europäische Staatlichkeit wieder als notwendiges Korrektiv zum europäischen Markt wertzuschätzen. Es geht darum, das Verhältnis zwischen Markt und Staat auf europäischer Ebene neu zusammenzuführen, das durch Maastricht entkoppelt wurde.

Das ist auch - und wir sollten das laut sagen - das europäische *Alleinstellungsmerkmal* in der globalen Welt: eine positive Konnotation von Staat und seiner regulativen Funktion in der Gesellschaft. Das gibt es nicht in den USA, nicht in Russland, nicht in China! Dafür lohnt es sich einzustehen in der Welt! Das genau ist das europäische Modell!

2. Alles ist Sprache: wie die französische Psychologin Françoise Dolto gesagt hat: *Toute est langage*. Wir müssen die Art ändern, wie wir über Europa sprechen. Europa ist nicht Ausland! Wenn wir es ernst meinen mit Europa, dann müssten wir als allererstes die Sprache ändern, und zwar in jedem Detail und bei der Berichterstattung. Mit anderen Worten: unsere politische Sprache hat noch nicht erfasst, was wirtschaftspolitisch längst Realität ist: die *nationalen Grenzen sind* abgeschafft.

Es darf nicht mehr sein, dass man auf dem Handy den Hinweis bekommt, dass man die „Roaming-Gebühren“ für das *Ausland* überschritten hat, nur weil man in Paris eine Facebook-Nachricht posten möchte. Es geht um den mentalen Sprung, die *Währungsgrenze aus Außengrenze der EU* wahrzunehmen. *Ausland ist, wo der Euro aufhört* – das ist die neue Realität. Euroland heißt, dass wir aufhören, von „*Auslandsinvestitionen*“ zu sprechen, wenn es um französische Investitionen in Spanien geht; oder um deutsche Investitionen in Italien. Oder dass wir aufhören, von deutschen Exporterfolgen zu sprechen. Wir messen oder unterscheiden ja auch nicht mehr zwischen Exporten“ von Hessen nach Mecklenburg-Vorpommern. Wir sollten in Europa von Wachstumsregionen nicht-Wachstumsregionen sprechen. Der deutsche BMW ist nicht *deutsch!* Auch das versteht der Stammtisch, denn er ist nicht dumm!

Denn die industrielle Wertschöpfungskette ist längst eine europäische, in einem *deutschen* BMW sind italienische Ledersitze, französische Reifen und slowenische Schrauben.

Wir sollten darum auch vorsichtig sein, Europa mit dem deutschen Exporterfolg zu begründen – weil eben jener deutscher Exporterfolg in den Augen unserer europäischen Nachbarstaaten ein zwielichtiger ist: nicht zu Unrecht wird uns vorgeworfen, ihn auf Kosten von sozialem Dumping und um den Preis einer zu niedrigen Binnennachfrage erzielt zu haben. Der deutsche Export ist darum, europäisch betrachtet, ein zweiseitiges Schwert; genau darum geht es, wenn darum gerungen wird, nicht nur die Überschreitung von Defizitgrenzen, sondern auch Ungleichgewichte in der Handelsbilanz zu sanktionieren und auszugleichen. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sprache über ökonomische Erfolge und Probleme, eine *gemeinsame Erzählung* der Krise. Und in dieser Erzählung muss es die Erkenntnis geben, dass nicht alles, was für Deutschland ökonomisch gut und richtig ist, es auch für die anderen ist. Es geht hier um sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Annäherung.

In dieser europäischen Erzählung ist Deutschland auch nicht Biedermann, der alles richtigmacht. Für viele in Europa ist Deutschland eher Brandstifter, der dabei auch noch die eigenen Schwächen – ich sage nur Stichwort:

Landesbanken – unter den Tisch kehrt. Deutschland kommt derzeit vor Stärke nicht durch die Tür. Aber es tut Deutschland nicht gut in Europa!

3. **„Euroland“ vervollständigen.** Die nächste Etappe muss darum das konsequente Nachdenken über gemeinsame Steuern und Sozialversicherungen sein, um so die Konsequenz aus einer aggregierten Volkswirtschaft zu ziehen. Wir machen keinen Binnenmarkt und keine Währungsunion, wenn reiche Franzosen jetzt die Nationalität wechseln und zu Belgiern werden, um die von François Hollande vorgesehene Einführung einer Vermögenssteuer zu entgehen; oder wenn Siemens einen Teil seines Firmensitzes nach Irland verlegt, um von den abgesenkten 12% Unternehmensbesteuerung zu profitieren. Der größte Denkfehler – und damit *tägliche Sprechfehler* – den wir uns heute Euroland noch immer erlauben ist, dass wir unsere nationale Volkswirtschaften immer noch wie offene Volkswirtschaften behandeln, die in einem Wettbewerb zueinander stehen, anstatt die Eurozone durch wirklich gemeinsame Regeln in allen Politikbereichen stabil zu machen. Und dazu müssen in Zukunft auch gemeinsame Bemessungsgrundlagen oder Zielkorridore für Steuern gehören – gerade vor allem auch für Vermögensabgaben, für Unternehmenssteuer oder eine Finanztransaktionssteuer.

In einem Moment, wo von vielen Staaten – und auch von den Grünen, die Forderung nach Eurobonds erhoben wird und das europäische System darüber nachdenkt, wie, wann und unter welchen Umständen eine europäische Haftungsgemeinschaft begründet werden kann bzw. soll, ist das bestehen auf einer nationalen Steuerpolitik im besten Fall anachronistisch. Es muss um gleiche Regeln auf der Einnahme- und Ausgabenseite gehen.

Das nächste heiße Thema sind gemeinsame Sozialversicherungen. Die europäische Kommission – und nicht nur die Kommission - denkt derzeit über eine europäische Arbeitslosenversicherung nach. Unmöglich, ruft es aus dem Wald. Und wieder gilt, um mit Einstein zu sprechen: keine Idee ist eine gute, die nicht von Anfang an als unmöglich erscheint. Hätten wir eine solche, würde derzeit Deutschland indirekt viele arbeitslose junge Spanier unterstützen. Das wäre eine gute Möglichkeit, europäische Solidarität zu zeigen und zu *benennen*, weil es dann um eine gemeinsame europäische Versicherung ginge, und nicht mehr um nationales Geschacher, wer wie viel Netto in welchen Hilfs-Fond einzahlt. Eine solche Arbeitslosenversicherung könnte auch eine identitäts-stiftende Wirkung für alle europäischen Bürger haben.

Peter Sloderdijk macht das derzeitige Versagen Europas daran fest, dass Europa keinen „Wohlfahrtspatriotismus“ erzeugen kann, da Europa nicht die Hand ist, die nährt. Wenn er Recht hat, muss Europa in die Lage versetzt werden, genau

das zu tun: zu nähren und zu schützen. Wir brauchen ein europäisches System, das von Portugal bis Estland wirtschafts-, steuer- und sozialpolitisch kohärent ist.

Im Grunde geht es bei der jetzigen „Altbausanierung“ der EU darum, das Verhältnis zwischen Markt und Staat auf europäischer Ebene neu zu begründen. Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig, aber beides europäisch. Es ist gleichsam, Karl Schiller europäisch „reloaded“: es geht darum, das Verhältnis zwischen Markt und Staat auf europäischer Ebene neu zusammenzuführen, das durch Maastricht entkoppelt wurde, und dazu gehört selbstverständlich auch die Wiederherstellung eines funktionierenden Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. Es geht um einen neuen „*contract social*“, einen neuen Gesellschaftsvertrag, der nur noch europäisch herzustellen ist. Und: damit ich hier nicht missverstanden werde: es geht hier nicht um gleiche Löhne für alle in Euroland. Sondern es geht hier um den ordnungspolitischen Grundsatz: gleiche Regeln und gleiche Regulierungsebenen für alle. Mindestlöhne da ja, hier nein: *das* ist das europäische Problem! Auch die soziale Frage wird europäisch gelöst oder sie wird nicht gelöst, wenn wir der derzeitigen, reinen Angebotspolitik, die durch den Verlust makro-ökonomischer Steuerung – eben durch den Verlust von Staatlichkeit - auf nationaler Ebene entstanden ist, europäisch etwas entgegen setzen wollen.

Das alles ist nicht technokratisch aufzulösen, kann nicht von der Kommissionentschieden werden. Europäische Politik als gemeinsame Entscheidung über kollektive Präferenzen braucht darum in der Tat ein re-strukturiertes Eurozonenparlament (als Sub-Einheit des EP), damit gemeinsame Haftung und gemeinsame Entscheidung auf der Ausgabenseite zusammen kommen.

Zum Schluss: Kann Europa scheitern? Ja es, kann.

Politik ist die gemeinsame Entscheidung über gesellschaftliche Präferenzen. Dieser Streit über die Präferenzen muss *abbildbar* sein, muss für den europäischen Bürger im europäischen öffentlichen Raum Europa verständlich und nachvollziehbar sein, muss *TV-tauglich* sein!

Zwei Dinge, die oft vergessen werden in diesen institutionellen Diskussionen, die aber Europa am ehestens zu Fall bringen könnten, sind Sprache...und Jugend.

Europa sollte Vielsprachigkeit fördern. Sicher! *Trotzdem* braucht die nächste Generation, wenn sie die transnationale europäische Demokratie ausgestalten, soll, eine gemeinsame Sprache, eine europäische *lingua franca*. Wir brauchen gemeinsame Debatten über gesellschaftliche Konsense in Europa und sozio-

kulturelle Annäherung. Und wir werden das nicht mit Velapük machen, nicht mit Esperanto und nicht mit Latein. Es kann aus pragmatischen Gründen nur Englisch sein, die ohnehin globale Sprache. Wir brauchen mittelfristig eine Erziehung zur Zweisprachigkeit in Europa. Was Indien kann, können wir auch. Auch das versteht der Stammtisch – und will es für seine Kinder. Englisch muss zusätzlich zur jeweiligen Landessprache die offizielle Amtssprache in Euroland werden, bis in jede regionale und lokale Behörde hinein.

Und schließlich: die **Jugend**: es ist *leider* ein Irrglauben anzunehmen, dass die zukünftige Generation „europäisch“ ist, weil wir ihnen Erasmus und Easyjet geschenkt haben. Alle neuen soziologischen Studien weisen darauf hin, dass das nicht stimmt. Machen wir uns nicht vor. Die Mobilität sinkt am unteren Rand der Gesellschaft. Für den deutschen Kfz-Lehrling und die deutsche Frisöse ist Europa keine schillernde Erzählung - und in Frankreich auch nicht. Marine Le Pen hat in der Altersgruppe 18-25 Jahren einen Anteil von 28%: das ist 8% mehr als der nationale Durchschnitt. Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass da eine junge Generation Franzosen heranwächst, die von Europa träumt. Die soziale Exklusion von heute ist europäische Exklusion von morgen. Europa hat ein Generationenproblem!

Europa könnte zerrieben werden zwischen denjenigen, die es nutzen, um über Erasmus nach Shanghai zu springen (es gibt heute mehr 16-jährige deutsche

Schüler im Schüleraustausch mit Peking als in Frankreich!); und denjenigen, denen Erasmus und Easyjet noch nie etwas genutzt hat.

Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott, schreibt der große deutsche Historiker Jakob Burkhard. Ob sich die nächste Generation für Europa entscheidet, hängt auch davon ab, ob wir Europa heute attraktiv für sie machen.

Zum Abschluss das historische Panorama: die Aufgabe für das 21. Jahrhundert heißt 1914 - 2014: Zum Zeitpunkt, wo wir 2014 ein neues EP wählen und eine neue EU-Kommission wählen, in zwei Jahren werden wir auch den 100-jährigen Erinnerungstag an den Ausbruch des 30-jährigen europäischen Krieg von 1914-1945 begehen. Hundert Jahre Frieden durch Europa, sozialer Friede eingeschlossen, das hieße, durchhalten bis 2057: 100 Jahre Römische Verträge. Das sind noch 45 lange Jahre der europäischen Anstrengung, die Arbeit von zwei weiteren Generationen an Europa mindestens. Das muss die Zielsetzung, die Perspektive sein!

Die europäische Demokratie, die uns 1949 *geschenkt* wurde, muss jetzt erstritten, muss begründet werden. Verspielen wir also die Krise nicht!